



Einladung zur Mitgliederversammlung vom 31. Januar 2011 (öffentlich)	1
Atom-Energiepolitik, wie weiter?	2
Verkehrsberuhigung Mittelstrasse	4

Öffentliches Podium zur Abstimmung vom 13.2.2011

Neues AKW in Mühleberg? Energiepolitische Notwendigkeit oder Förderung einer gefährlichen Auslauftechnologie?

Ursula Wyss Ständeratskandidatin, SP

Josef Jenni Solarpionier und EVP-Grossrat

Hans Grunder Nationalrat und BDP-Präsident

Adrian Haas Direktor HIV Kanton Bern, FDP

Moderation

Philippe Müller Redaktor der Berner Zeitung BZ

Datum **31. Januar 2011**

Zeit **19.30 bis ca. 21.15 Uhr**

Ort **Unitobler, Lerchenweg 36
3012 Bern, im Raum F 021**



SP Bern Bümpliz/Bethlehem www.spbb.ch
SP Bern Länggasse-Felsenau www.sp-lf.ch

Editorial

Liebe SP-
Länggässlerinnen, liebe
SP-Länggässler

Derzeit läuft die Energie-
debatte im Kanton Bern
auf Hochtouren: Nachdem
wir im letzten November in
der Stadt Bern über die
Energiewende abge-
stimmt haben, folgen im
Februar die Abstimmung
über ein neues AKW Müh-
leberg und im Mai die
Abstimmung über die
Revision des Energiege-
setzes. Gleichzeitig sammelt
die SP weiter Unterschrif-
ten für ihre Cleantech-
Initiative.

Die SP Länggasse-
Felsenau bringt sich in
diese Debatte ein – mit
einem hochkarätig besetz-
ten Podium zur AKW-
Mühleberg-Abstimmung.
Zwar hat die Abstimmung
nur konsultativen Charak-
ter, doch ihr Resultat setzt
Weichen. Wir hoffen, dass
du am Podium mit von der
Partie bist!

Neben der Energie-
debatte steht in dieser
„Länggenossin“ die nach-
haltige Verkehrs-führung
in der Läng-gasse im Zen-
trum – ein anderes wichti-
ges Thema, beim dem die
SP Länggasse-Felsenau
.sich einbringt.

Solidarische Grüsse
Simon Zurbrügg, Vor-
standsmitglied



Atom-Energiepolitik, wie weiter?

Warum die SP des Kantons Bern ein neues AKW in Mühleberg ablehnt...

Die SP Kanton Bern kämpft vehement für ein NEIN zu einem neuen AKW in Mühleberg mit einer geplanten mindestens Vervierfachung der heutigen Leistung, denn die Risiken sind gewaltig:

- Die Finanzierung eines AKW ist heute gemäss Wirtschaftstudien extrem unsicher und droht zu einem Desaster für die Steuerzahlenden und StromkonsumentInnen zu werden.
- Die Ausland-Abhängigkeit von unkontrollierbaren und ökologisch unsauberen Uran-Lieferanten wird noch grösser.
- Grössere neue AKW produzieren mehr hochradioaktiven Abfall, der bisher weltweit nicht sicher entsorgt werden kann und somit noch Hunderte von Generationen gefährdet.
- Die neuen Reaktortypen sind nicht erprobt, und sowohl im Bau als auch Betrieb können unvorhersehbare Probleme auftreten.
- Ein neues Mega-AKW ist ein Klumpenrisiko für unsere gesamte Stromversorgung; eine dezentrale Energieversorgung ist viel sicherer.
- Ein neues AKW blockiert zukunftssträchtige Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien, welche viel mehr Arbeitsplätze in allen Regionen des Kantons schaffen würden.

Nicht ganz unproblematischer Transport von radioaktivem Material in Niedersachsen

... und was die SP Schweiz in den ersten Sätzen ihres Positionspapiers „Schweiz erneuerbar!“ (2009) festhält.

Die Schweiz besitzt alle Voraussetzungen, um sich in Zukunft ganz aus erneuerbaren Energien zu versorgen. Allein zur Stromerzeugung betragen die einfach erschliessbaren Potenziale bis 2030 ohne nennenswerte Beanspruchung der Umwelt über 90'000 GWh oder das Drei- bis Vierfache der bisherigen Stromerzeugung aus Atomkraftwerken (25'000 GWh). Berechnet man die technischen Potenziale von Wind, Sonne und Geothermie, so liesse sich über 120-mal mehr Strom erzeugen, als die Schweiz derzeit verbraucht. Die erneuerbaren Energien befinden sich weltweit auf einer dynamischen Aufholjagd, mit jährlichen Zuwachsraten der Neuinstallationen von 30% bis 60% (Wind, Sonne). Viele erneuerbare Energien und nahezu alle Investitionen in die Energieeffizienz sind wirtschaftlich, wenn man die Kosten über den ganzen Lebenszyklus berücksichtigt.

Auswahl von Argumenten des Komitee Nein zum neuen AKW Mühleberg

(siehe Internet: www.stop-neues-akw.ch)

Wohin mit dem Atommüllberg?

Radioaktive Abfälle gefährden durch ihre Strahlung Mensch und Umwelt. Da die radioaktive Strahlung über Tausende von Jahren anhält, ist die hermetisch abgeschlossene Lagerung eines der grössten Probleme der Atomindustrie. Geeignete Lagerstätten müssen nicht nur strahlungssicher sein, sondern auch dem Umstand Rechnung tragen, dass politische Verhältnisse sich ändern. Niemand weiss, wie unser Gesellschaftssystem in tausend Jahren aussieht und welche Folgen dies für den Zugang zu hochgefährlichen Substanzen haben kann. Ebenfalls ungelöst ist die Frage, wie das Lager so lang verständlich gekennzeichnet werden kann. Die 3000

Jahre alten Hieroglyphen der Ägypter konnten nur wegen eines Zufallsfundes entziffert werden.

Zwischen 1969 und 1982 wusste die Schweiz nichts besseres, als den radioaktiven Müll ins Meer zu versenken, von wo die Strahlung möglicherweise via Nahrungskette auf unserem Teller landet. Seit dem Verbot der Versenkung im Meer wartet der Atom Müll in einem oberirdischen Zwischenlager in Würenlingen AG und in Lagern neben den Atomkraftwerken.

Verschiedene Anläufe für ein unterirdisches Atommülllager sind bisher am lokalen Widerstand gescheitert; 2002 am Wellenberg zum letzten Mal. Seither hat man das Gesetz geändert: Das Kernenergiegesetz von 2003 schreibt die "geologische Tiefenlagerung" vor und entzieht dem lokalen Widerstand das Vetorecht. Da die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) mit ihren Entsorgungs-Plänen bisher gescheitert ist, wurde das Dossier dem Bundesamt übergeben. Nach dem Ja des Bundesrates zum Entsorgungsnachweis im Jahr 2006 wurde der "Sachplan geologische Tiefenlager" als neue Suchmaschine für ein Atommülllager in Gang gesetzt. Damit soll der "beste" Standort für ein Lager gefunden und ums Jahr 2012 festgelegt werden. Das Lager soll bis in 40 Jahren fertig sein. Testversuche in potenziellen Gesteinsformationen wie Opalinuston im In- und Ausland bringen immer wieder neue Probleme ans Tageslicht.

Uran ist endlich und hinterlässt beim Abbau riesige radioaktiv verseuchte Gebiete.

Der Abbau wird von wenigen Firmen kontrolliert und findet heute vor allem in Kanada, Australien, Kasachstan, Russland, Niger, Namibia, Usbekistan und den USA statt. 2007 wurden weltweit etwas mehr als 41'000 Tonnen Uran gefördert. Die weltweit bekannten Vorräte liegen zu rund 70 Prozent auf dem Land indigener Völker, vor allem in Kanada und Australien.

Der Bau neuer AKWs ist ein finanzielles Grossrisiko

Punkto Wirtschaftlichkeit gerät die Atomkraft immer mehr ins Hintertreffen. Sie ist teuer und finanztechnisch hoch riskant. Ein neues AKW verursacht Kosten zwischen 10 und 15 Milliarden Franken.

Die reinen Investitionen heutiger Reaktortypen sind bei 8-12 Mrd. Franken. Dazu sind pro AKW Nachrüstungs- und Stilllegungskosten von 2-3 Mrd. Franken notwendig. Nicht berücksichtigt in diesen Kosten sind die Entsorgungskosten der radioaktiven Abfälle. Investiert man diese Summe zu heutigen Preisen in erneuerbare Energien, lässt sich damit mehr als die doppelte Leistung mit etwa der gleichen Strommenge produzieren.

Mittelfristig werden die Erneuerbaren immer günstiger. Umgekehrt ist es bei den AKWs. Jedes neue AKW in Frankreich hat bisher mehr gekostet, als sein Vorgänger. Die Kapitalkosten sind sehr hoch und deshalb kann das AKW nur konkurrenzfähig sein, wenn diese Kosten auf eine lange Betriebsdauer verteilt werden können. Das bedeutet aber, dass der Strompreis während rund 60 Jahren konstant bleiben muss. Sollte aus politischen Gründen, zum Beispiel wegen einem erneuten Unfall wie Tschernobyl die Anlage stillgelegt werden, entsteht ein

riesen Verlust. Und weil die entsprechenden Energieversorger zu gross sind, als dass sie Konkurs gehen dürfen, muss der Steuerzahler eingreifen (Too big to fail, wie die UBS). Ein Vertreter eines möglichen Investors hat kürzlich in einem Radiointerview gefordert, dass der Staat eine gewisse Preisgarantie geben müsse. Zudem sei das finanzielle Risiko auf Private und Staat zu verteilen.

Die Wirtschaftlichkeit von AKW sieht noch schlechter aus, bezieht man die Kosten der „Endlagerung“, Überwachung und Sicherung (Terror, Gesundheit) auf Jahrtausende in die Gesamtrechnung hinaus ein – die volkswirtschaftlichen Risiken des Kantons Bern bei einem potenziellen Atomunfall gar nicht eingerechnet.

Der Bau von neuen AKWs ist ein finanzielles Grossrisiko. Wirtschaftsleute und die Erfahrungen in Finnland und Frankreich bestätigen, dass heute der Bau eines neuen AKWs zu riesigen Finanzierungsproblemen führen kann. Am Schluss müssen wir mit unseren Steuergeldern für die Fehlinvestitionen zahlen. Studien der US-Grossbank Citigroup und von Finanzexperte Kaspar Müller zeigen, dass ohne staatliche Hilfe kaum neue AKWs gebaut werden können. Das Debakel beim Bau des neuen AKWs in Finnland bestätigt dies: Das AKW wird mindestens doppelt so teuer als geplant.

Auch eine aktuelle Infrastudie belegt die Unwirtschaftlichkeit des Szenarios „Grosskraftwerke“. und zeigt, dass eine Investitionsstrategie, die auf Grosskraftwerke setzt volkswirtschaftlich nicht rentabel ist. Das liegt daran, dass die Erträge, die sich mit dem Verkauf des so produzierten Stroms erzielen lassen, nicht ausreichen, um die getätigten Investitionen zu decken. Über die Lebensdauer gerechnet schreibt die Grosskraftwerke-Strategie von Swisselectric damit rote Zahlen und führt zu volkswirtschaftlichen Verlusten von 9 Mia. SFr.

Bei der Investitionsstrategie „Stromeffizienz & erneuerbare Energien“ ist das anders: Zwar sind die dafür nötigen Investitionen höher als bei Swisselectric – unter dem Strich ist diese Strategie aber rentabler, denn die Erträge gleichen die getätigten Investitionen mehr als aus. Grund dafür: Effiziente Geräte und Motoren verursachen über die Lebenszeit gerechnet deutlich tiefere Betriebskosten als konventionelle Geräte. Damit können immense Stromkosten gespart werden. Über die Lebensdauer schreibt die Volkswirtschaft mit Investitionen in Stromeffizienz & erneuerbare Energien deswegen schwarze Zahlen von 2,8 Mia. SFr. Diese Erträge können in die Produktivität anderer Sektoren gesteckt werden.

Investitionen in Energieeffizienz sind immer die wirtschaftlichste Lösung. Werden in allen Lebensbereichen beim notwendigen Ersatz konsequent die marktbesten elektrischen Geräte und Beleuchtungen eingesetzt, kann laut der Agentur für Energieeffizienz ohne Komfortverlust 30 Prozent des heutigen Stromverbrauchs eingespart werden. Diese Zahl entspricht vermiedenen Stromkosten von 2 bis 3 Milliarden Franken pro Jahr. Zudem wird der Strompreis mit oder ohne neue AKWs teurer Die Erneuerbaren werden aber längerfristig günstiger.

Und auch erneuerbare Energien werden langfristig wirtschaftlich gegenüber konventionellen Energieträgern

überlegen sein, da ihr Preis im Vergleich zu alten Technologien stetig sinkt. Zudem ist Energie aus Wind, Biomasse, Umweltwärme und Sonne unerschöpflich – Brennstoffkosten fallen hier nicht an. Die Wettbewerbsfähigkeit erneuerbarer Energien auf dem Energiemarkt nimmt aufgrund höherer Produktionsmenge, technologischer Fortschritte sowie dem daraus resultierenden höheren Wirkungsgrad markant zu. Risiken für Mensch und Umwelt sind zudem bei erneuerbaren Energien erheblich kleiner als bei konventionellen Energien.

Die Energiepreise insgesamt, besonders für konventionelle Energien, werden künftig steigen, weil die Ressourcen für Gas-, Öl- und Nuklearenergie endlich sind und sich der Verteilungskonflikt um Ressourcen beschleunigt.

Verkehrsberuhigung Mittelstrasse

Vor wenigen Tagen traf sich die IG Mittelstrasse, um Ideen für die Belebung der Mittelstrasse zu diskutieren.

Die Mittelstrasse ist noch nicht die Begegnungszone, die sie eigentlich sein sollte. Noch verführt die gerade verlaufende Durchgangsstrasse zu schnellem Fahren und viele FussgängerInnen, gerade auch ältere Personen, getrauen sich noch nicht so recht, von ihrem Vortrittsrecht Gebrauch zu machen. Neben geforderten baulichen Massnahmen (SP-Postulat im Stadtrat), ist es auch wichtig, dass die Bevölkerung die Mittelstrasse belebt. Zu diesem Zweck traf sich kürzlich die IG Mittelstrasse im Quartiertreff und diskutierte mögliche Massnahmen. Die Anwesenden waren sich einig, dass künftig regelmässig Märkte - Biogemüse, Flohmarkt usw. - die Mittelstrasse



Mittelstrasse mit Belebungspotential

Impressum:
Sozialdemokratische Partei
Länggasse-Felsenau
Postfach 828
3000 Bern 9
www.sp-lf.ch

Für Infos per Mail, bitte Mail-Adresse angeben bei:
mitglieder@sp-lf.ch
Redaktion und Layout:
Paul Reichardt und Simon Zurbrügg
paul@reichardt.info
simonzurbruegg@bluewin.ch

Auflage: 300 Exemplare

beleben sollen. Auch einige der Bars und Cafés möchten auf grösseren Flächen herausstuhlen, um bei schönem Wetter noch mehr Gäste draussen bewirten zu können. Tönt doch gut! Dafür muss jedoch noch der eine oder andere Parkplatz dran glauben... die SP bleibt dran!

Ursula Marti, Stadträtin

Diese Länggenossin ist als PDF in Farbe auch auf unserer Homepage zu finden **WWW.SP-LF.CH**